

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

20. Sitzung
am Donnerstag, dem 24. April 1997, 13:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Uwe Döring (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Uwe Eichelberg (CDU)

Silke Hars (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Vorsitzende

in Vertretung von Bernd Schröder

in Vertretung von Martin Kayenburg

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Weitere Anwesende

Einzigter Punkt der Tagesordnung:

**Landesweiter Nahverkehrsplan Schleswig-Holstein;
hier: Ergebnisse der Anhörung im Wirtschaftsausschuß**

Die Vorsitzende, Abg. Schmitz-Hübsch, eröffnet die Sitzung um 13:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Landesweiter Nahverkehrsplan Schleswig-Holstein; hier: Ergebnisse der Anhörung im Wirtschaftsausschuß

hierzu: Umdrucke 14/694 und 14/698

M Steinbrück faßt die Ergebnisse der Anhörung im Wirtschaftsausschuß zur Perspektive SPNV 2010 für den Ersten Landesweiten Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr aus der Sicht der Landesregierung zusammen. Er begrüßt unter anderem, daß die parlamentarischen Beratungen über den Entwurf des Ersten Landesweiten Nahverkehrsplanes für den Schienenpersonennahverkehr schon vor der Befassung durch das Kabinett mit dem Thema stattfänden. So sei es möglich, die Ergebnisse der Anhörung, die vom Ausschuß dabei gewonnenen Erkenntnisse sowie die Vorschläge und Stellungnahmen der Fraktionen in die Kabinettsberatungen mit einfließen zu lassen, die voraussichtlich im Juni stattfinden würden. Der jetzt vorliegende Entwurf spiegele insoweit auch nur den vorläufigen Stand der Beratung wider. Vor dem Hintergrund bittet M Steinbrück den Ausschuß an dieser Stelle darum, ihn als eine noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Vorlage zu betrachten und zu behandeln.

Weiter spricht er das Problem der dringend erforderlichen Verknüpfung des SPNV mit dem übrigen ÖPNV in Schleswig-Holstein an. Die Notwendigkeit der Verzahnung von Bus und Bahn sei in den Anhörungen immer wieder betont worden. Dieser Herausforderung würden sich die Landesregierung und die LVS in Zukunft verstärkt stellen.

M Steinbrück geht sodann auf die finanzielle Realisierung der Eckpunkte des Entwurfs ein. Er erklärt, daß der Erste Landesweite Nahverkehrsplan in seiner zeitlichen Reichweite von fünf Jahren aus der Sicht der Landesregierung durchfinanziert sei; es handele sich um eine Art rollierende Investitionsplanung, das heißt, die Finanzierung werde sich den Ereignissen und Entwicklungen der kommenden Jahre anpassen müssen.

Anschließend informiert LVS-GF Wewers den Ausschuß über die wichtigsten Eckpunkte des "Ersten Landesweiten Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein" im Vergleich zu der vor einem Jahr vorgelegten "Perspektive SPNV 2010". Er geht unter anderem auf die Ergebnisse der Anhörungs- und Beteiligungsverfahren, die geplanten Maßnahmen in der Schienen- und Bahnhofsinfrastruktur des Landes und die durchschnittliche Verteilung der Regionalisierungsmittel von 1997 bis 2002 ein. - Einzelheiten seiner Ausführungen sind den Anlagen zum Protokoll zu entnehmen.

In der folgenden Aussprache geht GF Wewers zunächst auf Fragen zur Neuanschaffung von Fahrzeugen ein. Er berichtet, daß man zwei verschiedene Fahrzeugtypen anschaffen müsse, ein Kleinfahrzeug für den Nahverkehr und ein größeres für den Regionalverkehr. Zur Zeit seien

zwei Modelle eines Nahverkehrsfahrzeuges im Gespräch, die beide über Teilklimatisierung, Niederflurtechnik und eine zum Lokführer hin offene Wagenaufteilung verfügten. Auf ein bestimmtes Fahrzeugmodell für den Regionalverkehr habe man sich bisher noch nicht festlegen können, da die von der DB AG bisher angebotenen Fahrzeuge den gestellten Bedingungen nicht entsprochen hätten. Im Moment stehe man aber in Verhandlung über ein "abgespecktes" Modell des Fahrzeugtyps IC 3, mit dessen Entwicklung in den nächsten drei Jahren zu rechnen sei.

Auf eine Nachfrage der Vorsitzenden erklärt Herr Wewers, daß Züge mit Neigetchnik in Schleswig-Holstein nur auf 4 % der Strecken eingesetzt werden könnten; die Anschaffung solcher Fahrzeuge sei deshalb wenig sinnvoll.

Abg. Eichelberg möchte wissen, ob der organisatorische und finanzielle Aufwand für das Konzept angesichts der Prognosen, durch die Umsetzung 5 % mehr Fahrgäste für den Schienenpersonennahverkehr zu gewinnen, gerechtfertigt sei. - Herr Wewers erwidert, daß der bisherige Anteil der Bahn an dem vom ÖPNV abgedeckten Personenverkehr in Schleswig-Holstein fast doppelt so hoch sei wie der Anteil, der durch die Busse abgedeckt werde. Die Bahn habe damit in Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert. Das Konzept sei ein Angebot an die Menschen im Lande, noch mehr mit der Bahn zu fahren. Er erachte es als realistisch, dieses Ziel zu erreichen, und halte den dafür betriebenen Aufwand deshalb auch für gerechtfertigt.

Zu einer Frage von Abg. Döring zur Erstellung eines landesweiten Buskonzeptes führt Herr Wewers aus, daß die Initiative dazu von den Kreisen und Busunternehmen ausgehen müsse, daß die LVS aber auf Wunsch gern bereit sei, ihre Erfahrungen in ein solches Konzept mit einzubringen.

Er unterrichtet den Ausschuß weiter darüber, daß im Zusammenhang mit der Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck zur Zeit intensive Verhandlungen mit der DB AG stattfänden. Das Projekt sei mit großem finanziellen Aufwand des Landes verbunden, da neben einem Baukostenzuschuß auch mit einem Betriebskostenzuschuß gerechnet werden müsse. Es sei geplant, mit den Baumaßnahmen erst nach dem Jahr 2002 zu beginnen.

Im übrigen stellt Herr Wewers klar, daß die Finanzierung der Wiedereröffnung der Strecke Neumünster - Bad Segeberg im Konzept berücksichtigt sei, daß er aber eine Eröffnung der Strecke schon vor Ablauf der im Entwurf des Verkehrsplanes vorgesehenen vier Jahre für eher unwahrscheinlich halte, weil noch umfangreiche Maßnahmen getroffen werden müßten, um die Strecke schneller zu machen.

Zum Abschluß der Beratung weist M Steinbrück noch einmal darauf hin, daß der Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein in vielen Punkten von der Bundespolitik und von den Entscheidungen der DB AG abhängig sei. Er bittet die Fraktionen deshalb, ihre politischen Möglichkeiten der Einflußnahme auf jeder möglichen Ebene zu nutzen, um die Interessen Schleswig-Holsteins durchzusetzen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 14:00 Uhr.

gez. Schmitz-Hübsch
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Protokollführerin